



Arbeitszeiterhöhung, Sonderschichten, Versetzungen und Arbeitshetze

Es reicht!

Keine weitere Arbeitszeit-Flexibilisierung in den Hallen 3 und 93

In der Halle 3 sollte die Arbeitszeit auf 7,75 Stunden erhöht werden und die Sonderschichten aus Quartal 4 sollten ins Quartal 2 und 3 vorgezogen werden. Im Herbst sollte dann für 2 Wochen nur in der Frühschicht und ab dem 05.10.2014 dann 2 x 7 Stunden gearbeitet werden.

Die Werkleitung begründete diese Anträge mit dem Vorziehen von 1600 Einheiten aus dem letzten Quartal 2014. Das Interesse der Kollegen auf Planungssicherheit durch eine Jahresarbeitszeit wurde arrogant mit den Worten: "Die Kollegen wissen ja, dass sie Sommerautos bauen und somit nach Auftragslage arbeiten müssten", von einem Abteilungsleiter abgetan.

Nach massiven Protesten aus der Logistik und auch aus der Montage lehnte das Betriebsratsgremium mehrheitlich die Anträge auf Vorverlegung der Sonderschichten und die Arbeitszeiterhöhung für die Logistik ab. Arbeitsbelastung, fehlende Rotationsmöglichkeiten, kaum noch Qualifizierung und immer mehr Arbeit mit weniger Leuten, hat das Fass bei den Kollegen zum Überlaufen gebracht. Die Bereichsbetriebsräte haben immer wieder auf die nicht mehr akzeptablen Arbeitsbedingungen in der Logistik,

wie in der Montage hingewiesen. Wenn weiterhin ohne Rücksicht auf die Arbeitsbelastung die Stückzahl gebaut werden soll, wird sich über kurz oder lang die Situation zuspitzen.

Das gleiche in der Halle 93: Die Arbeitszeiterhöhung auf 7,75 Stunden wurde abgelehnt, aber als Retourkutsche von der Werkleitung wurde dann ein neuer Antrag auf 7,75 Stunden ab 07.07.2014 und 5 Sonderschichten pro Mitarbeiter gestellt. Der Antrag auf 10 zusätzliche Sonderschichten ist bei den Kollegen

der Halle 93 auf große Ablehnung gestoßen, denn auch dort wird die Arbeitshetze immer drastischer. Die Arbeitszeiterhöhung wird sehr kritisch gesehen. In der Logistik wird das neue Arbeitssystem „Idealband“ (NLC) eingeführt und hat schon zu enormer körperlicher und psychischer Überbelastung bei den Kollegen geführt. Jede weitere Arbeitszeiterhöhung bedeutet noch mehr Stress, weitere Belastung und erhöhte Flexibilisierung.

In einer Zeit von älter werdender Belegschaft, immer größere Arbeitshetze an den Bändern und in der Logistik, müssen Arbeitszeiten über 7,5 Stunden in Frage gestellt werden. Zusätzliche Sonderschichten müssen von den Kollegen und dem

Betriebsrat abgelehnt werden, trotz Drohungen des Arbeitgebers mit der Einigungsstelle. Wir haben nur ein Leben, eine Gesundheit und die gehört nicht dem Daimler Konzern, auch wenn einige Führungskräfte dies meinen. Zusammen, mit Belegschaft, Betriebsrat und der IG Metall müssen wir uns gegen jede weitere Flexibilisierung der Arbeitszeit und gegen die Arbeitsbelastung wehren. Dabei können wir nicht erst auf einen Tarifvertrag warten, der groß angekündigt wurde und dann still und heimlich



von der Tagesordnung genommen wurde.

Solange sich die Fabriken in den Händen der Kapitalisten befinden, werden wir nur kleine Erfolge im Kampf gegen die immer größere Ausbeutung unserer Arbeitskraft erreichen. Für eine bessere Welt, eine Welt der Arbeiter, ohne Kapitalisten, lohnt es sich zu kämpfen. Denn nur dann, wenn die Fabriken uns gehören, werden wir bestimmen können wieviel und in welchem Takt wir arbeiten.

Pausendurchfahren oder Personal-Flexibilisierungs-Maßnahme?

Noch im Winter hat die Werkleitung Sonderschichten, Arbeitszeiterhöhung und eine Verlängerung der Freitagspätschicht, sowie der Sonntagnachtschicht gefordert, um die Vertriebswünsche für die C-Klasse zu erfüllen. Sie hat ordentlich Druck gemacht, als wäre es das Ende des Bremer Werkes, wenn nicht alle geforderten Autos gebaut würden. Mit dem Ergebnis, dass eine Mehrheit des Betriebsrats eingeknickt ist und der Arbeitszeiter-

höhung und noch mehr Sonderschichten zugestimmt hat. Außerdem wurde mehrheitlich einer Vereinbarung zum Durchfahren der 5-Minuten-Pause zugestimmt. Dass diese Vereinbarung ausgerechnet auf die Initiative einzelner Betriebsräte zurückgeht und darüber, was das für die Kollegen bedeutete, haben wir hier in eigenen Artikel und durch den Abdruck der einen oder anderen Erklärungen von Halle 9 Vertrauensleuten

ausführlich informiert. Es hatte einige Monate gedauert bis wenigstens auf dem Papier die Voraussetzungen (Ablöser ...) zum Pausendurchfahren geschaffen waren. Als es dann gerade losgegangen war, sind nicht mal zwei Monate ins Land gegangen, da wurde das Pausen-Durchfahren auch schon wieder eingestellt, still und heimlich in Absprache zwischen Bereichsbetriebsrat und Hallen-Leitung. Grund: Halle 93 braucht Personal. Stückzahlerhöhung in der Baureihe 207. Während im Winter noch um jede einzelne C-Klasse gefeilscht wurde, kann die Werkleitung jetzt plötzlich großzügig auf Hunderte von Autos verzichten? Dass auch eine Stückzahlerhöhung bei der C-Klasse in Ausplanung ist, nicht mal berücksichtigt. Darauf, wie das alles zusammenpasst, ist keine vernünftige Antwort zu bekommen. Es

Luftverpestung in der Einfahrabteilung geht weiter!

Trotz mehrfacher Aufforderungen, endlich die Luftverhältnisse in der Einfahrabteilung in der Halle 9 zu verbessern, sitzt die Fachabteilung das Problem seit Wochen aus. Und wenn der zuständige Abteilungsleiter meint, man könne, wegen der Ungefährlichkeit der Abgase sein Bett in der Einfahrabteilung aufschlagen, um dort zu nächtigen, zeigt er damit nur seine Unfähigkeit, dieser Sache Herr zu werden. Es müssen endlich Maßnahmen zum Schutz der Kollegen getroffen werden, die Sinn und Verstand haben und vor allem effektiv für die Kollegen was bringen. Glaubt die Führungsebene der Einfahrabteilung das Problem zu lösen indem überwiegend Ferienkräfte und Leiharbeitskollegen dort arbeiten, die den Mund ja sowieso nicht aufmachen oder ist es einfach Ignoranz gegen Mitarbeiter und Arbeitsschutz? Wir können die betroffenen Kollegen nur auffordern, bei kleinsten Anzeichen von Atembeschwerden, Augenreizung etc. zum Werksarzt zu gehen, um dort die Ursachen anzuprangern.

Wir fordern den Centerleiter Frieß auf, endlich Gelder freizugeben und Arbeitsplätze zu schaffen, die nicht krank machen, sei es in der Einfahrabteilung oder in anderen Bereichen der Halle 9.

Schluss mit der Zuhälterei:

sollte aber all denen eine Lehre sein, die jedes Mal, wenn die Werkleitung behauptet es müssen unabdingbar so und so viel Autos gebaut werden einknicken. Auch speziell all denen, die meinen, wenn sie für das Pausen-Durchfahren sind, Schlimmeres zu verhindern. Mit dem Abschluss dieser Betriebsvereinbarung wurde vor allem folgendes erreicht: 1. Pausen-Durchfahren ist mit dem Bremer Betriebsrat zu machen, er schlägt dies sogar von sich aus vor. 2. Pausen-Durchfahren, ist auch eine hervorragende Personal Flexibilisierungsmaßnahme. Und dass diese im aktuellen Fall vor allem die Leiharbeitskollegen trifft, lässt böses erahnen. Denn wir wissen ja, was heute an unseren Kollegen von den Leihfirmen durchexerziert wird, ist morgen auch für uns Standard.

BMW in der Zange

Seit der Woche vor dem 1. Mai werden bei BMW München Unterschriften gesammelt für ein gesetzliches Verbot der Leiharbeit. Und am 1. Mai selbst wurde auf der gewerkschaftlichen Demonstration im Block der IG Metall von Leih- und Stammarbeitern dieses Transparent getragen:



2 Wochen später, am 15. Mai fand die sogenannte Hauptversammlung von BMW in der großen Olympiahalle statt. Das ist die Versammlung derer, die von der Arbeit der Kollegen profitieren: der Besitzer der BMW-Aktien. Aber auch da wurde das gesetzliche Verbot der Leiharbeit zum Thema gemacht. Durch zwei sogenannte Gegenanträge, die da lauteten und im Übrigen die einzigen waren: „Die Hauptversammlung entlastet die Mitglieder des Vorstands / des Aufsichtsrats unter der Maßgabe, dass sie sich für das gesetzliche Verbot der Leiharbeit einsetzen.“

Der Antragsteller Thomas Schmitz-Bender hatte nicht erwartet, dass diese Gegenanträge eine Chance bei den Aktionären hätten. Dazu hätten sie, worauf sie mehrfach hingewiesen wurden, erstmal die Entlastung des Vorstands / des Aufsichtsrats ablehnen müssen. Und das tun die großen Aktionäre und Aktienhalter, die Banken natürlich nie. Aber von den in der Olympiahalle Anwesenden bekam er Zwischenapplaus und auch, als er mit vier Zeilen von Bertolt Brecht endete: „Weiß ich, was ein Mensch ist? Weiß ich, wer das weiß? Ich weiß nicht, was ein Mensch ist, ich kenne nur seinen Preis.“

In der Pause wurde ihm gesagt: „Kompliment“; „Richtig so, genau richtig“. Und später in der U-Bahn gab ihm einer, der 30 Jahre bei BMW in der Qualitätskontrolle tätig war, seine Email-Adresse

...

Jetzt ist es an den Kolleginnen und Kollegen bei BMW ihre Stimme zu erheben und sich mit ihrer Unterschrift für das gesetzliche Verbot der Leiharbeit einzusetzen. Im Bewusstsein, dass es die Stimme derer ist, die überhaupt den ganzen Reichtum schaffen!

Was passiert in der Ukraine?

Waren sich nach dem 2. Weltkrieg noch alle einig: „Nie wieder Krieg von deutschem Boden aus“, spricht heute die Bundeskanzlerin, dass Frieden in Europa keine Selbstverständlichkeit mehr ist.

Nach der Zerschlagung der sozialistischen Länder, nach der vorübergehenden Niederlage des Gegengewichts zum Kapital, nach der Einverleibung der DDR, konnte das deutsche Kapital sich ungeniert wieder ausbreiten. Das Volkseigentum wurde in den Osteuropäischen Länder, allen voran in Polen und der Tschechoslowakei, unter den westlichen Kapitalisten, insbesondere den deutschen, verschachert. Jugoslawien wurde unter Federführung der BRD zusammen gebombt und als bekanntes antifaschistisches Lager zerschlagen. In den ehemaligen Sowjetischen Republiken, in der Ukraine und Russland, ist das Volkseigentum, die Fabriken, die Bergwerke, Öl und Gasfelder und die Banken, von einigen wenigen geraubt worden. Diese Räuber (z.B. Timoschenko), vom Volk Oligarchen genannt, jagen sich mit Hilfe ihrer Söldnertruppen bis zum heutigen Tag das geraubte Volkseigentum gegenseitig immer wieder ab. Heute, in Zeiten der erneuten Kriegsgefahr in Europa, sind die Mittel vielfältig, von einseitiger Berichterstattung, Halbwahrheiten bis hin zu offensichtlicher Medienmanipulation ist in Vorkriegszeiten alles erlaubt. Und während die Bevölkerung in der Ukraine im Bewusstsein und mit der Erfahrung jahrzehntelanger sozialistischer Wirtschaftsordnung nichts anderes herbei sehnt, wie ein Leben ohne Ausbeutung und Arbeitslosigkeit, werden sie von machthungrigen Kapitaleignern aus verschiedenen Ländern gegeneinander gehetzt, um eine Einheitsfront gegen Ausbeutung und Armut, für ein sozialistisches friedvolles Miteinander zu verhindern.

Aber im Grund werden die Arbeiter nur gegenseitig aufeinander gehetzt, auch um den Weg für die Imperialisten, wie der BRD oder der USA, nach Russland zu öffnen. Denn nur noch mit Krieg ist der Maximalprofit durch Raub, Zwangsarbeit und Zerstörung möglich. Auch der ukrainische, der polnische, der tschechische oder der slowakische Arbeiter erhoffte sich vor 20 Jahren den vorgegaukelten Wohlstand des Westens. Bekommen hat er Arbeitslosigkeit durch Stilllegung von Fabriken, ganzer Branchen. Immer und immer wieder änderte sich die politische Führung, und immer und immer wieder mussten die Arbeiter feststellen, dass sie immer weiter ausgebeutet werden und das Volkseigentum der Allgemeinheit vorenthalten wird, indem alles privatisiert oder liquidiert wird.

Und während die Kapitalfürsten der Weltmächte die Völker umkreisen wie Aasgeier ihre Beute, fehlt die politische Führung der Arbeiter (auch bei uns), die Partei, mit der wir unsere Befreiung von der Ausbeutung erkämpfen können. Es liegt also an uns.

Keine Zusammenarbeit zwischen dem DGB und der Bundeswehr!

Die Führung des Deutschen Gewerkschaftsbundes sucht trotz Protesten aus Betrieben, Einzelgewerkschaften und politischen Organisationen den Schulterchluss mit der Bundeswehr und bekennt sich zum Umbau der Truppe in eine global agierende Interventions- und Besatzungsarmee. Die weltweiten Kriegsoperationen des deutschen Militärs werden nicht in Frage gestellt - im Gegenteil. Wie die DGB Spitze erklärt, seien sowohl die „Ermöglichung eines freien und ungehinderten Welthandels“ als auch der „freie Zugang zur See und zu natürlichen Ressourcen“ integrierbarer Bestandteil „deutscher Sicherheitsinteressen“. Auf dem DGB Bundeskongress wurde ein Antrag des DGB-Jugend-Bundesausschuss gegen eine gemeinsame Erklärung von DGB und Bundeswehr auf Drängen des Vorstands abgelehnt. Stattdessen soll mitgliederorientiert geprüft werden, in welchen Punkt der DGB mit der Bundeswehr gemeinsame Sache macht. Wir Unterzeichner des Flugblattes sagen Nein zu diesem faulen Kompromiss. Für uns kann es und gibt es keine Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaft und Bundeswehr, die im Notstand gegen Arbeiter eingesetzt werden kann und der Durchführung kapitalistischer Interessen dient.

1. Mai 2014

Die Polizei blockiert das Hamburger Gewerkschaftshaus



Erklärung des Arbeits- und Koordinationsausschuss der Vierten Arbeiter- und Gewerkschafter-Konferenz gegen den Notstand der Republik, Mai 2014

Hamburg als Exerzierfeld für den Notstand der Republik

Das sozialdemokratisch regierte Hamburg probt den Notstand – gegen Gewerkschafter, gegen Jugendliche und gegen die ganze Bevölkerung. Gleich dreimal in den vergangenen Monaten:

1. Zuletzt am 1.Mai: Polizei riegelt das Gewerkschaftshaus ab und verweigert den Arbeitern an ihrem Tag den Zutritt zu ihrem Haus. Der DGB betont, dass er es nicht war, der dies angeordnet hat. Anlass für die Aussperrung von Gewerkschaftern war der Auftritt des Sozialdemokraten und Bürgermeisters Olaf Scholz im Gewerkschaftshaus.

[...]

(Gesamte Erklärung: www.notstand-der-republik.de)

Der 1. Mai 2014 in Bremen



Im letzten Flugblatt haben wir dazu eingeladen mit uns an der 1. Mai Demonstration des DGB teilzunehmen. Einige sind dieser Einladung gefolgt und haben sich beim LKW mit der roten Fahne eingefunden, darunter auch ein paar Dutzend unserer Kollegen aus dem Werk in Südafrika. Die südafrikanischen Kollegen haben es zusammen mit der Agitprop-Truppe Roter Pfeffer geschafft den gesamten Weg mit Liedern und Musik der internationalen Arbeiterbewegung unseren Block zum kämpferischsten und muntersten der Demonstration zu machen und für uns diesen 1. Mai zu einem unvergesslichen Tag. Proletarier aller Länder vereinigt euch!



+ Termine +++ Termine

- **Gerichtstermin Daimler gegen SWR**
wegen der Fernseh-Reportage über Daimler „Hungerlöhne am Fließband“
Verschoben auf den 31.07.14, 14:00 Uhr, Landgericht Stuttgart
- **Gerichtstermin gegen Belgische Ford Arbeiter**
Wie im letzten Flugblatt berichtet, hätte am 11. Juni der erste Prozess gegen Ford Arbeiter aus Genk stattfinden sollen, die wegen ihrer Protestkundgebung vor dem Kölner Hauptwerk angeklagt sind. Dieser wurde auf den Herbst verschoben.
- **Werksübergreifende Vertrauensleute-Konferenz**
Im Juli wird auf dem VK-Leiter Treffen der Mercedes-Werke über die Vorbereitung der Konferenz gesprochen.

Dieses Flugblatt wurde geschrieben, verteilt und finanziert von Vertrauensleuten und Betriebsräten des Daimler-Werkes Bremen.

Kontakt: Jochen Kohrt, H 3 (Tel. 90442) / Jörg Häring, H 3 / Ralf Wieland, WPS / Herbert Mogck, H 4/6 (Tel. 90575) / Gerwin Goldstein, LOG/Indir. (Tel. 90600) / Frank Kotte, H 8 (Tel. 3804) / Thomas Langenbach, H 8, DNS / Gerhard Kupfer, H 8 (Tel. 91959) / Sascha Heiner, H 9 / Uwe Müller, H 9 (Tel. 90728) / Julia Nanninga H 7 (Tel.6679) / Ingo Franke (H 8, DNS) und viele andere... (Juni 2014)

E-Mail-Kontakt: gerwingoldstein@freenet.de - Spenden an: Sparda-Bank Hannover, BLZ:25090500, Konto-Nr.: 101637991, U. Müller, Stichwort: Flugblatt